



Ob die Kirche da noch helfen kann?

In Bolivien herrscht Chaos.

Chaos in den Städten

La Paz: Tag für Tag folgt eine Demonstration auf die andere. Seit dem letzten Schlüssel Info von Fronleichnam, 26.05.2005 hat sich die Situation permanent verschärft. Dynamitstangen auf der einen, Tränengas auf der anderen Seite bestimmen den Alltag im Zentrum des Regierungssitzes.

Auch in anderen Städten wie Santa Cruz oder Cochabamba gerät die Situation aus den Fugen. Die Gewaltbereitschaft sowie der Vandalismus nehmen immer mehr zu.

Ursache ist der Konflikt zwischen zwei Blöcken: Auf der einen Seite die Partei MAS (Bewegung zum Sozialismus), verschiedene Gewerkschaftsverbände und die Vereinigung der Nachbarschaftsverbände von El Alto (FEJUVE) und auf der anderen Seite die traditionellen Parteien sowie die bolivianische Oberschicht, vor allem im wirtschaftlich aufstrebenden Santa Cruz. Während die ersteren die Verstaatlichung von Öl und Gas sowie die Einberufung der „Verfassungsgebenden Versammlung“ auf ihre Fahnen geschrieben haben, fordern die anderen optimale Bedingungen für die Vermarktung der Kohlenwasserstoffe sowie die Autonomie des Departments Santa Cruz. Der Gegensatz scheint unüberbrückbar.

Chaos auf den Strassen

Die außerparlamentarische und parlamentarische Opposition, letztere angeführt von Evo Morales (MAS), legt über Streiks und Blockaden das Land lahm. Die wichtigste Straßenverbindung, die alle Städte des Landes mit dem Regierungssitz La Paz und seiner Schwesterstadt El Alto verbindet, wo sich auch der internationale Flughafen befindet, ist schon seit Wochen blockiert. Mittlerweile gibt es im ganzen Land nach offiziellen Angaben mehr blockierte Strassen als frei befahrbare.

Chaos in der Politik

Spätestens seit Präsident Carlos Mesa, trotz größter Bedenken gegen die Richtung des Gesetzes über die Kohlenwasserstoffe, seine Einspruchsmöglichkeiten nicht wahrgenommen und die Verabschiedung des Gesetzes aus seiner Hand gegeben hat, wissen alle, dass der Präsident nicht mehr regiert (vgl. Schlüssel Info 6-2005). Mittlerweile muss er sich nicht nur herbe Kritik und Spott von außen gefallen lassen, auch sein Kabinett fällt auseinander. Freitag vor acht Tagen, 27. Mai 2005 ist die Erziehungsministerin zurückgetreten, eine Woche später der Wirtschaftsminister (der zweite Wirtschaftsminister im Jahr 2005!). Die Gründe sind die gleichen, sie sind nicht mehr mit der Politik des Präsidenten einverstanden.

Doch auch im Parlament sieht es nicht besser aus. Die Volksvertreter suchen nur nach ihren eigenen Interessen und diese sind derart unterschiedlich, dass sie, trotz der stärksten Regierungskrise seit Oktober 2003, nicht bereit sind, sich auf einen gemeinsamen Weg zu einigen.



Um die Situation zu beruhigen erließ Präsident Carlos Mesa ein Dekret, das für den 16. Oktober zugleich eine Abstimmung über das Referendum zur Autonomie und die Wahl der Vertreter für die „Verfassungsgebende Versammlung“ vorsieht. Damit versuchte er sowohl der Forderung aus Santa Cruz wie auch der Forderung von Seiten des MAS und der außerparlamentarischen Opposition gerecht zu werden. Der Fehler des Präsidenten war, dass es für ein solches Dekret keinen juristischen Rückhalt gibt. So begrüßte zwar Oppositionsführer Evo Morales inhaltlich den Versuch des Präsidenten, doch er machte zugleich klar, dass dieses Dekret zum einen zur falschen Zeit kommt und zum anderen nicht verfassungsgemäß ist.

Die Kirche soll es richten

Im Blick auf die chaotischen Zustände und wohl angetrieben von der Angst, dass die Situation für alle unkontrollierbar wird, haben in der zu Ende gehenden Woche zunächst Oppositionsführer Evo Morales und dann auch Präsident Carlos Mesa die Katholische Kirche als Vermittlerin angerufen.

Auf den Hilferuf des der Kirche nahe stehenden Präsidenten hat diese die Vermittlerrolle angenommen, doch als Bedingung gestellt, dass die Gewalt ein Ende nimmt und die beteiligten Gruppen „auf die radikalen Forderungen verzichten, sowie andere Personen und unterschiedliche Meinungen respektieren.“

Angesichts der polarisierten und aufgeheizten Situation ist es schwer zu sagen, ob die Führer der gegeneinander stehenden Gruppen auf die Stimme der Kirche, die die am meisten anerkannte Institution des Landes ist, hören.

Statt eines friedlichen Weges, um die Einheit des Landes zu wahren, werden die Stimmen immer lauter, die nach dem Militär rufen. Obwohl die Militärführung Stimmen aus ihren Reihen, die sich hierfür anboten, zum Schweigen gebracht hat, kann derzeit nichts ausgeschlossen werden.

Friedlich oder nicht friedlich. Es muss etwas passieren, denn alle wissen, lange kann es so nicht mehr weitergehen.

Jürgen Leonhard